

BÖHMISCH-MÄHRISCHE KAMMER DER GEWERKSCHAFTSVERBÄNDE

# RÜCKBLICKE

(1989 - 1995)



C 96 - 00037

### **Richard Falbr: Die Erinnerung allein genügt nicht**

Vor fünf Jahren fand in unserem Land die samten genannte Revolution statt, in der ein gesellschafts-politisches System von einem anderen abgelöst wurde.

Die Menschen wußten damals genau, was sie nicht mehr wollten. Weniger genau wußten sie jedoch, was sie wollten. Die Marktwirtschaft überraschte sie unvorbereitet. Der Markt als solcher hat keine sozialen Gefühle, im Gegenteil: er ist hart. Und viele Menschen wurden sich nicht klar, daß der wirtschaftliche Wohlstand, den sie in den Ländern Westeuropas bewunderten, auch ein Ergebnis des langen sozialen Kampfes vieler Generationen von **Arbeitenden** war. Deshalb war vor fünf Jahren das erste und wichtigste Interesse der ČSKOS und der ČMKOS (Tschechoslowakische Kammer der Gewerkschaftsverbände und Böhmisches-Mährische Kammer der GV) die Forderung, daß die Wirtschaftsreform sozial tragbar sein sollte. Welche Rolle sie dabei spielten, wird später die Geschichte werten.

Ich bin kein Freund großer Erinnerungen. Im Gedächtnis aller, die dabei waren, hat jedoch die Zeit, in der sich im brodelnden gesellschaftlichen Kessel Gewerkschaften auf völlig neuen Grundsätzen bildeten, tiefe Spuren hinterlassen. Ich bedaure weder Zeit noch Mühe und freue mich, daß auch ich einer von ihnen war. Ich freue mich, daß die Gewerkschaften schnell eine von der Regierung unabhängige Organisation wurden, unabhängig auch von politischen Parteien und Arbeitgebern, eine Organisation, die respektiert wird.

Die Gewerkschaften sind nicht überflüssig und werden es nicht sein, denn es gibt zu viele Probleme, die eine Herausforderung für uns alle sind.



C 96 - 00037

### Miloš Bednár: Historische Erfahrungen der tschechischen Gewerkschaften

Die nach dem November 1989 neu gebildeten Gewerkschaften begriffen schnell, daß sie zu ihrer Konstituierung mindestens zwei Auseinandersetzungen benötigen: mit der gegenwärtigen Gestalt der Gewerkschaften in der Welt und mit ihrer eigenen Vergangenheit. Im zweiten Falle handelte es sich nicht nur um das „Ankleben von Mobilisationsaufrufen“, mit der die besten Persönlichkeiten und Taten in der mehr als hundertjährigen Geschichte der Gewerkschaften hervorgehoben werden sollten. In unserer geographischen Lage kann man nämlich auch aus den „Sackgassen“ viel nützlich lernen...

In der Gewerkschaftsgeschichte sind mehrere Hauptthemen zu erkennen, die ihr Rückrat bilden: der Kampf um Einheit, die Beziehung zu den politischen Parteien, die Durchdringung von rein gewerkschaftlicher, Arbeitnehmer- und Bürgerpolitik, der Beitrag der Gewerkschaften zur Entwicklung der Demokratie u. a. Sehen wir uns das erste Thema näher an.

#### 1. Der Zeitraum bis 1918

Schon die Zünfte lehrten, daß die Verbindung von Kräften und Mitteln nützlich ist. Als Prototyp der Gewerkschaftsverbände können insbesondere die Bruderschaften der Handwerksgehilfen oder Gesellen in ihrem Gegensatz zu den Meisterzünften angesehen werden.

Nach der Entwicklung der industriellen Großproduktion mit ihrem grundlegenden Widerspruch von „Arbeit und Kapital“ wurden in unseren Ländern ab 1848 nach und nach Fördervereine, Konsumvereine und Bildungsvereine gegründet, die dem Nutzen der Einheit in Notfällen (Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit) begriffen oder bessere materielle Möglichkeiten durch Sammeln von Geldern der Mitglieder schaffen wollten. Der berühmteste dieser Vereine bei uns ist sicherlich die **Typografická beseda** (Typographenverein), die in Form eines Vereins „Typographie - Förderkasse für erkrankte Typographen“ schon 1862 entstand und die bis heute im feierlichen Namen des Gewerkschaftsverbands der Polygraphie fortlebt.

Gerade die Polygraphen müssen wir um Verzeihung bitten, doch Gewerkschaftsverbände im heutigen Sinne des Wortes als (relativ) beständige Organisationen, die zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder als äußerstes Mittel auch legale Streiks anwenden konnten, konnten auf unserem Gebiet erst nach Verabschiedung des sog. **Koalitionsgesetzes** im April 1870 gegründet werden. Erst an diesem Tag wurden Streiks nämlich aus der Liste der Straftaten gestrichen.

In den folgenden 20 Jahren wurden viele Ortsverbände in den einzelnen Branchen gegründet, die die Notwendigkeit einer konzentrierteren Verteidigung der Interessen gerade bei Streiks verstanden (insbesondere um 1877). Die Bildung von höheren Organisationsformen wurde durch den Widerstand der Behörden in der Atmosphäre des sog. Sozialistengesetzes behindert, das in Österreich nach dem Beispiel des Bismarckschen Deutschland Ende der 80er Jahre eingeführt wurde. Nach seiner Aufhebung war das Jahr 1890 ein Wendepunkt, als insgesamt 11 ganzösterreichische Gewerkschaftskongresse einberufen wurden. Drei von ihnen fanden in Brünn statt (Metallarbeiter) und einer in Prag (Maurer).

Hier zeichnet sich schon eine gewisse Vereinheitlichung zum Erreichen der EINHEIT: neben der natürlichen organischen Vereinigung „von unten“ (die Notwendigkeit, eine breitere Basis zu schaffen) erscheint auch eine von außen erzwingene Vereinigung (und zwar gegen den wirtschaftlichen Druck der Kartellisierung, als die örtlichen Verbände die Interessen ihrer Mitglieder nicht mehr genügend vertreten konnten).

Die Bewilligung des ersten gesamtösterreichischen Gewerkschaftsverbandes dauerte dann zwei Jahre. 1892 wurde der Gewerkschaftsverband der Metallarbeiter gegründet. Ein Jahr später fand sogar ein **gesamtgewerkschaftlicher Kongress** statt, der ein ständiges Organ schuf — die Reichsgewerkschaftskommission. Hier waren Vertreter aus der gesamten Monarchie vertreten. Die Struktur kombinierte eine Vertretung nach Berufen (Berufsverbände) und Branchen (Branchenverbände).

1897 gab es den ersten Rückschritt, der später oft wiederkehrte und die Einheit nicht selbstverständlich und zerbrechlich machte: die **Atomisierung** — damals aus nationalen Gründen. Die Separatisten waren

damals die Tschechen... Sie gründeten die erste nationale Zentrale (mit dem damaligen Begriff tschechoslawisch): am 31. Januar 1897 entstand der Tschechoslawische Gewerkschaftsverband (OSČ). Objektiv muß angemerkt werden, daß die entstehende internationale Einheit der Gewerkschaften geschwächt wurde.

Trotz dieser Schwierigkeiten stieg die Anzahl der Mitglieder im folgenden Jahrzehnt rapide an: während es 1896 noch in der gesamten Monarchie ca. 100.000 Mitglieder gab, waren es zehn Jahre später schon eine halbe Million. In dieser Zeit entstanden die typischen gewerkschaftlichen Formen der Durchsetzung von Forderungen: die seichtereren (die z. B. bei der Aushandlung der Alters- und Invalidenversicherung verwendet wurden) brachten damals nicht viele Erfolge; die radikaleren wurden insbesondere bei der Durchsetzung von Lohnforderungen angewendet, die später in **Kollektivverträge** eingebunden wurden (offiziell wurde dieses Institut in der Novelle der Gewerbeordnung von 1907 verankert). (Der Begriff Kollektivvertrag wird in Österreich auch heute verwendet; für die Vereinbarungen nach 1989 wird in der Übersetzung der Begriff Tarifvertrag verwendet — Anm.d.Übers.) Ja, die Rede ist von **Streiks**, die auch erste Erfolge verzeichnen konnten. Am großen Bergarbeiterstreik 1900, der sich von der Ostrauer Gegend auf alle böhmischen und schlesischen Fördergebiete ausdehnte, lernten die Gewerkschaften, daß über die organisatorische Einheit auch die **Aktionseinheit** erreicht werden kann. Der andauernde Streik konnte nur durch große finanzielle Mittel gerettet werden; der Erfolg wurde nur dank der Solidarität aus dem gesamten Österreich und im Finale des achtwöchigen Kampfes auch aus Europa erreicht (Beiträge kamen sogar auch aus der Schweiz und aus England).

Über diesen Streik sprachen wir etwas ausführlicher, denn er zeigte die Möglichkeiten des „Kreises der Solidarität“ und die Notwendigkeit, eine feste Streikordnung zu schaffen. Noch vor 1914 entstand auf der Grundlage des OSČ ein System der Sammlung von finanziellen Mitteln und ihre flexible Umverteilung zwischen den einzelnen Gewerkschaftsverbänden, das sogenannte **Streikkartell**. Das wäre auch heute wieder aktuell...

Am Schluß vermerken wir noch die Bildung von weiteren Gewerkschaftsverbänden, die eine reale gewerkschaftliche Pluralität schufen: gegen die „internationale“ OSČ (die mit der Sozialdemokratie verbunden war) wurde 1902 die „nationale“ ČOD (Tschechische Arbeitergemeinde) gegründet, die sich im gleichen Jahr zu einer christlichen Gewerkschaft formte. Wir merken an, daß diese Unterschiede nicht das Prestige und die Autorität der Gewerkschaften untergraben müssen, wenn die neuen Gewerkschaften aus den bisher nicht organisierten Arbeitnehmern entstehen (und nicht durch Abspaltung der schon organisierten) - und wenn sie es schaffen, den engen Rahmen ihrer Zentrale im Kampf für die gemeinsamen Ziele zu sprengen.

## 2. Die goldene Ära der Gewerkschaften - 1918 bis 1938

Als Motto dieser Zeit können wir die wohl bedeutendste Persönlichkeit der sog. Ersten Republik zitieren: 1926 sagte T. G. Masaryk: „Den Gewerkschaftsorganisationen und der Genossenschaftsbewegung schreibe ich bei der Lösung der sozialen Aufgaben eine große, und ich sage es direkt, entscheidende Bedeutung zu!“ Masaryk gab der Tätigkeit der Gewerkschaften durch seine weitere Auffassung von der **Demokratie**— die er als notwendige Dreieinigkeit von Politik, **Sozialem** und **Wirtschaft** betrachtete — indirekt auch eine strategische Ausrichtung. In Zusammenarbeit mit der Genossenschaftsbewegung neue Modelle der Organisation der Produktion bei Erreichen eines größeren Anteils an Mitbestimmung für die Lohnarbeiter (wirtschaftliche Demokratie). In Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien (Sozialdemokratie und Volkssozialisten) die soziale Stellung und die Arbeitsbedingungen der Gewerkschafter und der Arbeitnehmer so weit wie möglich beeinflussen (soziale Demokratie). Für die damalige Zeit wurde so eine sehr gute soziale Gesetzgebung erreicht, die voll im europäischen Kontext integriert war und Möglichkeiten bot, mittels gewerkschaftlicher Kandidatenlisten über die Wahlen in die Betriebsausschüsse den Gang ihrer Unternehmen zu beeinflussen. Das Gesetz über die Betriebsausschüsse von 1921 definierte sie als Vertretungen aller Arbeitnehmer, also nicht nur als Gewerkschaftsorgane. Das Prestige der Gewerkschaften der damaligen Tschechoslowakei fand seinen Ausdruck auch in einer starken Lobby im Parlament oder direkt in der Wahl von führenden Gewerkschaftsfunktionären zu Abgeordneten oder Senatoren. Um die

Geschichte etwas zu bevölkern, nennen wir die „doppelten“ Vertreter der drei wichtigsten Zentralen: Rudolf Tayerle für die OSČ, Alois Tučný für die ČOD (beide unter demselben Kürzel ihres Entstehens, jedoch mit dem Zusatz „tschechoslowakisch“), aber auch Antonín Zápotocký für die Roten Gewerkschaften. Ja, alle bewältigten die Parlamentsarbeit parallel zu der Arbeit in der Gewerkschaft; R. Tayerle sogar auch noch vollwertig die Arbeit im finanziellen Bereich, den die bedeutendste OSČ voll unter ihrer Kontrolle hatte...

Aus der Sicht unseres Themas **Einheit** wurde in der I. Republik das Ideal der **Organisationseinheit** nicht verwirklicht. Erfolgreich war die Taktik einer **Einheit von Zielen**, in konkreten Einzelfällen auch die **Aktionseinheit**. Das Beispiel der Roten Gewerkschaften zeigte, daß unter gewerkschaftlichen Bedingungen das Erreichen einer **Einheit der Anschauungen (ideelle Einheit)** nur eine Fiktion ist. Ziele wurden auch durch Bündnisse der Gewerkschaften mit Kräften von außerhalb dieses Kreises erreicht (politische Parteien, Genossenschaftsbewegung). Außerdem muß hier die Nutzung der **internationalen Einheit** angeführt werden, also die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Hier ist vor allem die Mitgliedschaft der OSČ im Internationalen Gewerkschaftsbund (Dachverband für alle Branchen), auch Amsterdamer Internationale genannt, zu erwähnen, ferner auch ein interessanter Versuch unserer privaten Arbeitnehmer zur Schaffung eines „Arbeitsverbandes der freien Gewerkschafter **Mitteleuropas**“ in den Jahren 1933 - 1938.

### 3. Zeitraum der totalitären Vereinheitlichung - nach 1938

Der nicht aufzuhaltende Fall der I. Republik hatte natürlich auch auf die Gewerkschaftsbewegung seine Auswirkungen. Die Versuche, den Zerfall durch Verbindung der Zentralen und Verbände verschiedener politischer Ausrichtung zum Jahreswechsel 1938/39 aufzuhalten, konnten die künstliche Vereinigung aus amtlicher Macht nicht verhindern. Die Behörden des Protektorats führten sie in zwei Wellen durch. Zunächst in den Jahren 1939 - 1941 in der Form von 3 Typen sogenannter Einheiten (private Angestellte, öffentliche Angestellte und Arbeiter), seit 1942 die „endgültige“ Gestalt mit zwei Zentralen: die Zentrale der öffentlichen Angestellten für diese Arbeitnehmer und insbesondere die Nationale Gewerkschaftsarbeitnehmerzentrale (NOUZ) für alle anderen.

Diese Vereinigung aller Gewerkschafter in zwei Schwesterzentralen war mit der Auflösung aller „alten“ Verbände und der Konzentration ihres Vermögens verbunden. Dadurch wurde auch die rechtliche und Vermögenskontinuität der langjährigen organischen Entwicklung unterbrochen (einige bis heute andauernden Vermögensstreitigkeiten der Gewerkschaften können gerade hier ihre Ursache haben).

Diese **falsche Einheit** der Gewerkschaften, die ein Beispiel der totalitären Vereinfachung aller bürgerlichen Strukturen ist, welche bequem über die künstlich gebildeten Zentralen beherrscht werden können, wurde leider auch nach der Befreiung 1945 zu einer Wurzel des Übels. Die neuen Gewerkschaften, seit 1946 unter dem gesetzlichen Namen „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ (ROH), erbten nämlich diese totalitäre Einheit zusammen mit der überwiegenden Mehrheit der Funktionäre und Mitarbeiter aus der Zeit des Protektorats. Die schlauren sprachen damals im damaligen Ton von einer „Übernahme des lebendigen und toten Inventars“. In der Nachkriegseuphorie aus der Überwindung der Zersplitterung der Gewerkschaften (außerhalb des ROH blieben nur kleine Berufsverbände wie Ärzte und Musiker) gingen Stimmen unter, die vor Elementen der Unfreiheit bei der Bildung dieser allumfassenden Einheit warnten. Erst die Historiker nannten die Zeit von 1945 - 1948 eine Ära der umzingelten Demokratie. Der Entwicklungstrend wurde nach den Ereignissen von Februar 1948 offensichtlich. Die Gewerkschaften konnten nicht mehr über sich selbst entscheiden und wurden zu einem geeigneten Schalthebel der eigentlicher Entscheidungen, die in den Sekretariaten der Partei gefällt wurden.

Aus dieser pauschalen Bewertung der Jahre 1948 - 1989 schert der kurze **Zeitraum von 1968 - 1969** aus. In der **ersten** Phase vor August 1968 (Invasion der Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei) bewegten sich die Gewerkschaften in einer Welle der Begeisterung im Rahmen des Prager Frühling. Dort entstand ein interessanter Versuch, einen **Berufsverband** in Form der Föderation der Lokomotivbesatzungen (FLČ) zu gründen. Gerade dieses Beispiel belegt jedoch den beschränkten Horizont der

damaligen Reformatoren in den Gewerkschaften. Der Versuch der Schaffung einer **alternativen** Struktur traf auf das nicht reformierte Verständnis der monolithen Einheit auf der Basis der Branchenverbände. Hier ist die Tatsache paradox, daß die Gründer der FLČ ursprünglich nur eine selbständige Existenz im Rahmen des ROH anstrebten; aus dem ROH wurden sie erst durch die eindeutige Ablehnung dieses Schrittes getrieben. Das Bestehen der Gewerkschaften auf ihren Positionen auch nach August 1968 mit dem Versuch, Kontakte zur Studentenbewegung zu knüpfen oder eine breitere Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch Aufstellung sog. Werkstättenräte zu erreichen, stellt eine heldenhaftere Etappe dar. Die Normalisierung verlief hier langsamer, fast um ein Jahr später.

Je stürmischer die Jahre 1968/69 mit Auswirkungen bis 1970 noch waren, desto stiller wurde es um die Gewerkschaften bis 1989. Von dieser Stille zeugt wohl am besten die Tatsache, daß in den Gewerkschaften praktisch keine illegalen Dissidentenorganisationen entstanden, und zwar auch nicht in der Zeit der Perestroika kurz vor der Wende...

Aus der Sicht der Tradition des Bemühens um eine EINHEIT ist anzumerken, daß auch der letzte Versuch einer Umgestaltung des ROH durch den sog. Aktionsausschuß bestätigte, daß es keinen Zweck hat, auf einer leeren Einheit ohne Inhalt zu bestehen. Das Modell einer starken Zentrale mit genügend Raum für das Bestehen weiterer Einzelgewerkschaften hat Perspektive — unter der Voraussetzung einer festen Etablierung in den neuen demokratischen Verhältnissen und eines Strebens nach einer **Einheit der Ziele** aller Komponenten. Das globale Ziel muß es sein, die Gewerkschaften als einen **unzweifelhaften Demokratisierungsfaktor** mit vielen „Unterzielen“ auszugestalten, mit denen das bisher nicht erreichte Masaryk'sche Ideal einer vollwertigen Demokratie mit einem Gleichgewicht der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie erfüllt werden kann.

### **Igor Pleskot: Der Weg der Gewerkschaften vom 17. November bis zur Bildung der Konföderation**

Die schnell auswachsende Krise der totalitären Regime 1989 erfaßte in der Tschechoslowakei auch die Gewerkschaften. Der Versuch der Gewerkschaftsleitung, eine fiktive „Demokratisierung“ durch Wahlen von Gewerkschaftsorganen auf der Grundlage einer betrügerischen Wahlordnung durchzuführen, hatte nur einen formellen Effekt. Es gab Betriebe, die diese Wahlen offen ablehnten. Nach dem 17. November verurteilten die Gewerkschaftsgrundorganisationen an den Arbeitsplätzen das brutale Vorgehen der Polizei und unterstützten die Aufforderung des OF {Bürgerforums} zum Generalstreik. Die Gewerkschaftsmitglieder begriffen die Verurteilung der Demonstration vom 17. 11. und die Auftritte der Gewerkschaftsleitung gegen den Streik als Verrat der Leitung des ROH und gründeten in der gesamten Tschechoslowakei lawinenartig Streikbüros. Aus Initiative der Streikbüros von neun großen Prager Betrieben entstand als Hilfsorgan gegen Persekutionen die Vereinigung der Streikbüros. Die Vereinigung wurde das Zentrum der Streikbewegung in der ganzen Republik. Während des Generalstreiks unterhielt sie Verbindungen mit einigen Tausend Streikbüros. Direkt wurden von hier etwa 2 Millionen Streikende koordiniert, indirekt beeinflusste sie praktisch alle Betriebe und Arbeitsplätze. Die Streikbüros gaben der Vereinigung der Streikbüros auch ein Mandat für die Zeit nach dem Generalstreik.

Die Vereinigung rief zur Unterstützung der politischen Forderungen des OF auf. Innerhalb der Gewerkschaften begann sie neue Wahlen der Gewerkschaftsorgane zu organisieren, und zwar von den Betriebsgewerkschaften aufwärts bis zur Einberufung eines Kongresses. Sie unterstützte als entscheidende Organisationsform die Struktur von Branchengewerkschaftsverbänden.

Damit erklärten die Streikbüros und die neu gewählten Ausschüsse der Betriebsgewerkschaften der alten ROH-Führung den Kampf. Diese versuchte, die Gewerkschafter durch eine Scheintransformation des ÚRO (Zentraler Gewerkschaftsrat) in den sog. Aktionsausschuß des ROH auch weiterhin unter dem Einfluß der KSČ (Kommunistische Partei) zu halten. Die Vereinigung berief deshalb zum 7. Dezember 1989 eine Beratung der Vertreter großer Betriebe aus allen Bezirken nach Kladno ein. Hier wurde das Vorgehen der Vereinigung unterstützt und das Aktiv durch Mitarbeiter aus allen Bezirken der Republik erweitert. Schon seit der Vorbereitung des Generalstreiks spielten die von der Vereinigung herausgegebene sog. Nachrichten der Streikbüros eine große Rolle bei der Koordination des Vorgehens und der Ziele.

Ende Dezember konnten die Streikbüros unter Unterstützung der neuen Betriebsgewerkschaften einen bedeutenden politischen Erfolg verbuchen: das Verbot von Organisationen politischer Parteien an den Arbeitsplätzen. Die Basis der KSČ war liquidiert und zusammen mit ihr auch die Betriebsmilizen {diese entsprachen den Kampfgruppen in der DDR - Anm.d.Übers.}.

Unter den neuen Bedingungen formierten sich die Gewerkschaften selbständig und demokratisch, aus dem Willen ihrer ordentlichen Mitglieder. Die gesamtstaatliche Konferenz in Brünn am 9. Januar 1990 genehmigte das Vorgehen der Vereinigung der Streikbüros, schuf den Koordinationsausschuß und gab Anlaß zur Vorbereitung eines Kongresses. Um die Gefahr einer Spaltung auszuschließen, verhandelten Vertreter des Koordinationsausschusses mit Vertretern des alten ROH, d. h. mit dem Aktionsausschuß über die Vorbereitung des Kongresses. Dieses Vorgehen wurde durch das Bemühen um einen demokratischen Weg geleitet — die bisherigen Mitglieder des alten ROH in die neuen Gewerkschaftsverbände zu überführen und das Vermögen des ROH zu übernehmen.

Im Februar und März fanden die Kongresse der neu geschaffenen Gewerkschaftsverbände statt, die den alten ROH eindeutig ablehnten.

Die durch die neu gewählten Ausschüsse der Betriebsgewerkschaften, die neu gewählten Organe der Gewerkschaftsverbände und die später gebildete Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände repräsentierte Struktur der Gewerkschaftsbewegung hatte bis zu den Parlamentswahlen 1990 von allen bedeutenden Institutionen nach November 1989 das konsequenteste und aus der Sicht der Legalität das breiteste demokratische Mandat.

### Der Kongreß der neuen Gewerkschaften

Am 2. und 3. März 1990 kam ein außerordentlicher Kongreß der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbände aller Verbände und Branchen zusammen, um so formell die Tätigkeit des ROH zu beenden. Hier wurde ein neues Spitzenorgan der Gewerkschaftsverbände gegründet — die Tschechoslowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände (ČSKOS).

Neben der Liquidierung des kommunistischen Erbes und der Gründung der neuen Zentrale mußte sich der Kongreß mit einigen schwerwiegenden internen Problemen befassen, die auch die weitere Entwicklung der tschechischen und slowakischen Gewerkschaftsbewegung beeinflussen.

Es ging um die Einschränkung einer Zersplitterung der Gewerkschaften, die insbesondere auf der Ebene der Gewerkschaftsverbände drohte: zum einen nach Berufs- und Branchenprinzipien und zum anderen auf der Ebene nationaler Organisationen. Der Kongreß löste diese Problematik eindeutig zugunsten der Rechte von Minderheiten und mit weniger Vollmachten für die Organe der Konföderation. Dieses Vorgehen war zu der gegebenen Situation wahrscheinlich unausweichlich, verringerte jedoch die Aktionsfähigkeit der Konföderation als Ganzes. Später wurde dadurch auch ein weiteres auf dem Kongreß behandeltes Problem komplizierter — die Übernahme und weitere Verwaltung des Gewerkschaftsvermögens. Das Problem der Struktur und Kompetenzen schränkte auch die Aufmerksamkeit für Programmfragen und ihre praktische Anwendung ein.

Trotzdem ist die Bilanz des Kongresses aller Branchen und der damit beginnenden Zeit eindeutig positiv.

Der erste und entscheidende Erfolg ist die Erhaltung einer politisch unzersplitterten Gewerkschaftsbewegung. Ein weiterer Erfolg der Anfangszeit ist die Einschränkung des Einflusses der kommunistischen Partei. Es ging um die Abschaffung ihres Monopols in den Gewerkschaften, das ihnen eine Basis für eine organisatorische und Kaderregenerierung bieten konnte.

Ein dritter Erfolg jener Zeit mit Bedeutung auch für heute ist die Verabschiedung des Grundsatzes der Unabhängigkeit vom Staat, den Arbeitgebern und den politischen Parteien durch alle Gewerkschaftsverbände, die in der Tschechischen und Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände vereinigt waren.

Der vierte Erfolg war die Akzeptierung der Fachbereichs- oder Branchenstruktur der Gewerkschaftsverbände. Die Struktur behinderte auch nicht die regionale Ebene, auch wenn die Bewegung sie zu Beginn nicht anerkannte. Die Tatsache, daß es in einigen Fällen zu einer übermäßigen organisatorischen Zersplitterung und der Bildung einer großen Anzahl von Gewerkschaftsverbänden kam, war wohl der unausweichliche Preis für den spontanen Demokratisierungsprozeß.

Schließlich war ein Erfolg auch die Gründung der Tschechischen und Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände als gesamtstaatlicher tschechoslowakischer Gewerkschaftszentrale. Sie beschleunigte den Prozeß der Anerkennung der neuen Gewerkschaften durch die demokratischen ausländischen und internationalen Zentralen auf der Ebene gegenseitiger Beziehungen und der tatsächlichen Mitgliedschaft. Die einzelnen Gewerkschaftsverbände und die gesamte Konföderation wurden in einer außerordentlich kurzen Zeit als gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gewerkschaftszentralen aufgenommen. Das verstärkte auch das Gewicht unserer Gewerkschaftsorgane im Staat. Die Gründung der ČSKOS schuf in der Innenpolitik die grundlegende Voraussetzung für die Anwendung der Tripartitität auf der Ebene des gesamten Staates.

Von Anfang an war jedoch die Wirkung der Gewerkschaftszentrale und der gesamten tschechischen und slowakischen Gewerkschaftsbewegung durch den Mangel an praktischer Erfahrung des neu gewählten Gewerkschaftsaktivs und durch das Fehlen einer erlebten gewerkschaftlichen Solidarität der Mitgliedsbasis in demokratischen Bedingungen erschwert.

Es gelang der Konföderation, rechtzeitig die Problematik der tschechischen und slowakischen Beziehungen zu bewältigen. Es wurde eine Struktur von föderalen und Republikverbänden gebildet, die schrittweise in zwei in der ČSKOS vereinte nationale bzw. Republikzentralen überwuchsen.

Die Böhmischo-Mährische Kammer der Gewerkschaftsverbände entstand zunächst als Koordinierungsorgan der tschechischen Verbände und als organisatorisches Gegengewicht zur Konföderation der Gewerkschaftsverbände der Slowakischen Republik (KOZ SR). Schrittweise entfaltete sie Vollmachten einer nationalen Republikzentrale, die sowohl von den tschechischen Republikverbänden, als auch von den föderalen Verbänden und den entsprechenden Sozialpartnern anerkannt wurde.

Die Transformation der Gewerkschaftsbewegung zu neuen demokratischen Gewerkschaften ist jedoch ein langfristiger Prozess, der noch andauert.

## Erklärung der gesamtstaatlichen Vereinigung der Streikbüros

Nach mehreren Verhandlungen zwischen der gesamtstaatlichen Vereinigung der Streikbüros und anderer Institutionen und dem Aktionsausschuß des ROH wurden keine einheitlichen Standpunkte erzielt. Deshalb erklärt die Vereinigung der Streikbüros:

1. Der Aktionsausschuß des ROH ist nicht zur Einberufung eines Kongresses für alle Fachbereiche und Branchen berechtigt. Als Überbleibsel des bisherigen Spitzenorgans des zentralistischen Systems verlor er jedes Vertrauen der Gewerkschafter. Der Kongreß wird einberufen von den bisherigen Gewerkschaftsverbänden in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Streikbüros, die als Garant eventuelle Manipulationen bei der Vorbereitung der Kongresse von Seiten des ÜRO (Zentraler Gewerkschaftsrat) verhindert.
2. Die Streikbüros fördern und unterstützen in Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum in allen Betrieben und bei allen Arbeitgebern beschleunigte und demokratische Wahlen in den Betriebsgewerkschaften (des bisherigen ROH).
3. Die Vereinigung der Streikbüros fördert eine beschleunigte Einberufung von Kongressen der bestehenden Gewerkschaftsverbände und eine demokratische Wahl von Delegierten für den Kongreß aller Verbände. Diese Kongresse erörtern die eventuelle Bildung neuer Verbände. An der Vorbereitung und den eigentlichen Kongressen nehmen Vertreter der Streikbüros teil.
4. Wir rufen den Aktionsausschuß des ROH auf, eine Kommission zur Niederschrift und Registrierung des gesamten gewerkschaftlichen Vermögens zu bilden, das vom ÜRO verwaltet wird, um es später nach den neuen gewerkschaftlichen Strukturen zu übergeben oder aufzuteilen.
5. Wir rufen alle Betriebsgewerkschaften auf, die Überweisungen ihrer Mitgliedsbeiträge an die Zentrale zu stoppen und die gewonnenen Mittel auf ihre Kontos zu überweisen.
6. Wir beenden die Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß des ROH, weil er als Organ der alten Machtstruktur und zentralistischen Staatsführung im Widerspruch zum Willen der ordentlichen Gewerkschafter steht. Wir fordern den Aktionsausschuß auf, in Zukunft keine politische Tätigkeit auszuüben und sich auf die Verwaltung bis zur Bildung einer neuen Gewerkschaftsstruktur zu beschränken.
7. Die Vereinigung der Streikbüros beendet nach dem Kongreß aller Verbände und der endgültigen Etablierung aller neuer Verbände der unabhängigen Gewerkschaften ihre Tätigkeit.

Neben der Koordinierung der Streikbereitschaft ist die Hauptaufgabe der Vereinigung der Streikbüros die Unterstützung der Bildung von freien und aktionsfähigen Gewerkschaften auf der Grundlage von Gewerkschaftsverbänden, die voll die eigenen Interessen der Werktätigen verteidigen können.

(Tageszeitung PRÁCE, 18. 12. 1989)

**Stimmen über die Gewerkschaften**

„...ich wünsche Ihnen, daß die Verhandlungen zur Schaffung einer Organisation oder von Organisationen führen, die endlich wirklich und hauptsächlich deshalb existieren, um vielen Menschen der verschiedensten Berufe zu helfen und sie im Bedarfsfalle zu schützen.“

*Aus dem Brief von Václav Havel an den Gründungskongreß der ČSKOS*

„Der einzige Vertreter der Arbeitnehmer in den Betrieben sollte die Gewerkschaftsorganisation sein. Wir sollten von der Vorstellung weiterer Institutionen zur Vertretung der Arbeitnehmer in den Betrieben, einschließlich von Selbstverwaltungen, abgehen.“

*Marian Čalfa, PRÁCE, 16. 2. 1990*

„Die Gewerkschaften müssen ständig im Kontakt mit den Sozialbehörden sein. Einfach das gewährleisten, was die Gewerkschaften in der Welt gewöhnlich tun.“

*Vladimír Dlouhý, PRÁCE, 18. 1. 1990*

„Wir benötigen die Gewerkschaftsorganisation als Partner, der eine Ausgleichskraft darstellt.“

„Wir haben mit einer ganzen Reihe von radikalen Maßnahmen begonnen und gerade dazu benötigen wir eure Kontrolle.“

*Václav Klaus, PRÁCE, 18. 1. 1990*

### **Petr Šimerka: Ein Nachdenken nach fünf Jahren**

Vor kurzem durchblättere ich das Protokoll des ersten Gewerkschaftskongresses nach November 1989 und von neuem kamen in mir Erinnerungen an die Zeit seiner Vorbereitung und des Verlaufs auf. Heute, nach mehr als fünf Jahren des Bestehens von Gewerkschaften unter gänzlich anderen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, sind wir uns fast kaum noch bewußt, Welch grundlegende Veränderung ihres Charakters und ihrer Struktur die Gewerkschaften damals durchmachten.

Die frühere einheitliche Gewerkschaftsorganisation ROH wurde in zwei Linien aufgebaut — die sog. Linie aller Fachbereiche (die Gebietsorgane) und die Branchenlinie (17 Branchenverbände), beide wurden vom Zentralen Gewerkschaftsrat geleitet. In der Praxis wurde die Linie aller Fachbereiche vorgezogen, die Branchenlinie wurde unterdrückt.

Vorstellungen über eine neue Gewerkschaftsorganisation wurden schon im Dezember 1989 diskutiert und die Verhandlungen dazu fanden praktisch auch noch auf dem Kongreß vom 2. - 3. März 1990 statt. Die stürmischen Debatten im Sitz der Vereinigung der Streikbüros in Prag im damaligen Hotel Budovatel {Erbauer}, in der Gewerkschaftsschule in Zenice, im Gebäude der Zentrale und anderswo, in denen das Modell der zukünftigen Gewerkschaftszentrale geboren wurde, habe ich noch in lebendigem Gedächtnis. Nach und nach einigten wir uns auf einige Grundsätze, insbesondere auf den Konföderationscharakter der Zentrale, die eine freiwillige Versammlung von souveränen Gewerkschaftsverbänden sein sollte.

Dem Gründungskongreß im März ging das Entstehen von vielen selbständigen Einzelgewerkschaften voraus, deren Kongresse ab Januar 1990 stattfanden. Die Mehrheit der früheren großen Gewerkschaftsverbände teilte sich nach Berufen oder Bereichen auf und so entstanden mehrere Dutzend kleiner Verbände, die sich als unabhängige Verbände konstituierten. Die Gewerkschaftsverbände der Mitarbeiter von Kunst und Kultur bildeten Ende Februar eine eigene Zentrale — die Konföderation für Kunst und Kultur (KUK).

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kongresses war sehr schwierig. In Übereinstimmung mit den geltenden Satzungen mußte er von einem bestehenden Organ des ROH einberufen werden — dem ÚRO, sein Ziel war jedoch die Auflösung des ROH und die Bildung einer neuen Gewerkschaftszentrale. Vielen Kollegen erschien die Verwirklichung dieser Änderung in der „postrevolutionären Euphorie“ einfach, wegen der Forderung der Sicherstellung der Rechtsnachfolge der neuen Gewerkschaften war das jedoch eine sehr schwierige Aufgabe. Dabei handelte es sich nicht nur um die aus den damals geltenden Rechtsvorschriften hervorgehenden Rechte, die Stellung und Rechte der Gewerkschaften regelten, sondern auch um umfangreiche Rechte am Gewerkschaftsvermögen. Deshalb gab es eigentlich zwei Märzkongresse — den Kongreß aller Fachbereiche und den Kongreß aller Einzelgewerkschaften. Der Kongreß begann als Kongreß aller Fachbereiche (noch auf der Grundlage des ROH), wurde dann unterbrochen und zu diesem Zeitpunkt wurde der Kongreß aller Einzelgewerkschaften begonnen, der die MSDUOS (Union zur Vermögensverwaltung und Delimitierung der Gewerkschaftsverbände) als vermögensrechtlicher Nachfolger des ROH, deren Tätigkeit bald darauf durch den fortschreitenden Kongreß aller Einzelgewerkschaften beendet wurde.

Auch wenn die Kongreßmaterialien gut vorbereitet und vielfach durchdiskutiert waren, erhielten sie ihre endgültige Gestalt erst durch die Teilnehmer des Kongresses während seines Verlaufes. So entstanden die Gründungsurkunde und das Vorläufige Statut der neuen Zentrale, das Statut der MSDUOS und zwei Kongreßbeschlüsse. Die Arbeit der zahlreichen Entwurfskommission, die auf der Grundlage vieler Vorschläge der Delegierten wiederholt die Texte der Dokumente änderte, in denen es sich um wortwörtlich um Milliarden handelte und auf die der große Saal des Kulturpalastes in Prag ungeduldig wartete, kann sich nur jemand vorstellen, der dabei war.

Der Kongreß beendete das Bestehen des ROH und gründete eine konföderative Zentrale auf dem Verbandsprinzip (ČSKOS). Wegen der damaligen föderativen Ordnung des Staates wurde vereinbart, daß höchstes Organ der ČSKOS der Generalrat mit zwei Kammern sein wird — einer böhmisch-mährischen und einer slowakischen. Die slowakischen Kollegen erklärten jedoch bald ihre Kammer als Konföderation

(eigentlich eine Konföderation in einer Konföderation) und schufen so die Notwendigkeit zur Bildung auch einer böhmisch-mährischen Konföderation (ČMKOS).

Eine weitere wichtige Entscheidung war die Aufteilung des früher einheitlichen Vermögens des ROH unter die Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsverbände und das Belassen des größeren Teils des sog. gemeinsamen Gewerkschaftsvermögens in der Verwaltung eines gewerkschaftlichen Organs — MSDUOS.

Die Ergebnisse des Märzkongresses waren unzweifelhaft positiv. Es gelang, die riesige Mitgliederbasis und eine bedeutende Menge an Gewerkschaftsvermögen zu erhalten. Die neue demokratische Struktur ermöglichte allen Verbänden die Mitgliedschaft in der Zentrale, auch wenn ihre Interessen nicht immer identisch waren. Als Grundprinzip wurde die Unparteilichkeit der Zentrale (Unabhängigkeit von politischen Parteien und Bewegungen) angenommen. Ein Erfolg war auch die baldige internationale Anerkennung der ČSKOS und ihre Aufnahme in die Internationale Konföderation der freien Gewerkschaften.

In den vergangenen zeigten sich jedoch auch einige Probleme. Es handelt sich insbesondere um die zu große Zersplitterung der Gewerkschaften in viele Verbände, die geringe Bereitschaft oder Fähigkeit einiger Verbände, den Willen der Mehrheit zu respektieren, um Amateurismus im Wirtschaften mit dem Gewerkschaftsvermögen, das Fehlen von regionalen Gewerkschaftsorganen.

Es ist gut, daß die meisten Verbände sich dieser Mängel schon bewußt sind und sie abzuhefen beginnen. Offensichtlich ist das noch ein langer Prozeß, an dessen Ende jedoch sicher eine moderne, funktionierende Gewerkschaftszentrale bestehen wird.

### **Bořivoj Šubrt: Die historische Erfahrung der Gewerkschaften und die Gegenwart**

Seit den Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 ist noch nicht eine so lange Zeit vergangen, um sie restlos zu werten und daß die historische Erfahrung daraus eine abgeschlossene Angelegenheit wäre. Es ist deshalb wichtig, ständig eine Lehre aus dem Gewerkschaftsleben jener Zeit zu ziehen und darin Ausgangspunkte für die gegenwärtige und zukünftige Gewerkschaftstätigkeit zu finden.

Die Entwicklung in den Gewerkschaften nach November 1989 war ebenso dramatisch wie in der gesamten Gesellschaft. Der alte ROH war ein riesiger Koloß mit einem ausgedehnten Apparat und bedeutenden materiellen Ressourcen. Seine Leitung war mit allen Gedanken fest mit dem damaligen politischen Regime verbunden. Das galt nicht nur für die Zentrale, sondern auch in den Bezirken und Kreisen, in einem gewissen Maße auch in den Betrieben, vor allem in den großen.

Auf der anderen Seite waren die Gewerkschaftsmitglieder, und auch die einfachen Funktionäre, Menschen gleicher Stimmung und Ansichten wie die übrigen Mitbürger. Sie entschieden mit ihren Auftritten auf den Plätzen, der großen Demonstration auf der Letná in Prag und im Generalstreik am 27. November 1989 über die Änderung unserer Verhältnisse. Das konnte auch gar nicht anders sein, denn der Organisationsgrad im ROH erreichte mehr als 95 %.

Deshalb fanden sich auf dem Boden des ROH selbst, insbesondere in den Betriebsgewerkschaften und den Gewerkschaftsverbänden genügend Menschen, die die Gewerkschaften umformen wollten. Eine bedeutende Kraft, die diese Transformation zum Ziel hatte, waren die Streikbüros, die in der Vereinigung der Streikbüros zusammengefaßt waren.

Es gab jedoch auch andere kleinere Initiativen, die eine Kristallisierung der Gewerkschaften unterstützten — zum Beispiel das Gewerkschaftsforum, das zur Jahreswende 1989/1990 im Prager Smíchov zwei große Diskusstreffen veranstaltete.

Die neuen Gewerkschaften entstanden durch die Transformation der bestehenden Strukturen von unten. In den Betriebsgewerkschaften der einzelnen Verbände integrierten sich auch die Streikbüros, hier wurden die Delegierten für die Verbandskongresse gewählt, die das Mandat der Mitgliedsbasis hatten. Die Verbände waren dann die Hauptkraft bei der Vorbereitung des Kongresses aller Fachbereiche und Verbände, der am 2. und 3. März 1990 stattfand.

Diese unvergeßliche Geschichte der Konstituierung neuer Gewerkschaften bei uns muß in der gesamten Plastizität der damaligen Entwicklung gesehen werden. Die Behauptung, daß die heute in der ČMKOS vereinigten Gewerkschaftsverbände aus den Streikbüros entstanden, ist eine Vereinfachung von Tatsachen und Erfahrungen, die viel reicher waren. Dabei konnte nur der damals gewählte und verwirklichte Weg zum Abgang des sog. Aktionsausschusses des ROH von der Szene führen, denn die Mitgliedsbasis lehnte seine Aktivitäten auf demokratischem Wege ab.

Die Tatsache, daß es zu keiner Spaltung der Gewerkschaften kam, die ihre rechtliche Kontinuität in Zweifel stellen könnten, war ein außerordentlich bedeutender historischer Erfolg.

Die neuen Gewerkschaften sind natürlich kein politischer Nachfolger des früheren ROH, sondern ein weiteres Glied im gewerkschaftlichen Schaffen von Generationen von der alten österreichischen Monarchie bis heute. Diese Arbeit verrichteten hunderttausende freiberuflicher Funktionäre für ihre Mitarbeiter in allen Zeiten. Sie müssen sich nicht schämen. Immer verhandelten sie mit ihren Chefs und hatten deshalb oft nicht nur persönliche Unannehmlichkeiten (auch die Chefs sind oft dieselben, nur jetzt in einem kapitalistischen Mantel, mit einer ungehörigen Arroganz gegenüber den Gewerkschaften und oft auch den Arbeitnehmern).

Die neuen Gewerkschaftsverbände und ihre Betriebsgewerkschaften übernahmen auch das große Vermögen des früheren ROH. Ich bekenne, daß ich selbst nie ein Anhänger der Aufteilung des zentralisierten Vermögens aller Fachbereiche an die einzelnen Gewerkschaftsverbände war. Deshalb schlug ich als Vorsitzender des Kongresses aller Fachbereiche bei Vorlegung des Entwurfes der zuständigen Arbeitsgruppe des Kongresses zur Bildung einer Delimitierungsunion die Ergänzung ihrer Bezeichnung um

das Wort „Verwaltungs-“ vor. So entstand die Vermögens-, Verwaltungs- und Delimitierungsunion (das Komma geniet irrtümlich darein), die zwar als eine vorübergehende Institution begriffen wurde, jedoch mit der Hoffnung, daß gerade ihre Aufgabe der Vermögensverwaltung dazu führt, daß die seine Ganzheit dort, wo es zweckmäßig ist, erhalten bleibt.

„Eigentum verpflichtet“, hält die Menschenrechtscharta fest, die Bestandteil unserer Verfassung ist. Das Gewerkschaftsvermögen wurde von ganzen Generationen von Gewerkschaftern geschaffen ohne Rücksicht darauf, wem heute formell das Eigentumsrecht zugeschrieben ist. Unsere Vorgänger sammelten Kreuzer für Kreuzer, Krone um Krone. Wir müssen uns die Frage stellen, wie die Vermögensorgane der Gewerkschaften ihrer Pflicht zur ordentlichen Verwaltung und Vermehrung dieses Vermögens nachgekommen sind. Wurde nicht zu sehr auf Kosten der Zukunft gelebt?

Außerdem handelt es sich nicht um normales Privatvermögen, das Gegenstand jeglicher kapitalistischer Unternehmungen sein kann — trotz seines rechtlichen Charakters hat es aus ethischer Sicht in einem bedeutenden Maße den Charakter öffentlichen Vermögens. Es soll der Gewerkschaftsöffentlichkeit dienen — der heutigen und zukünftigen. Die Berichte über seinen Zustand sollten deshalb veröffentlicht werden und grundsätzliche (und nicht umkehrbare) Entscheidungen, insbesondere über den Verkauf von Gewerkschaftsvermögen, sollten demokratisch beurteilt und gefällt werden.

Die Gewerkschaftsbewegung atomisierte sich 1990 in eine große Anzahl von Gewerkschaftsverbänden. Viele von uns glaubten, daß dies eine notwendige Etappe zu einer neuen demokratischen Einheit der Gewerkschaften darstellte, daß eine Reintegration unten folgen würde. In vielen Verbänden kam es auch tatsächlich dazu. Es gab jedoch auch weitere Spaltungen, oftmals im Interesse von individuellen oder Gruppeninteressen. Es ist begrüßenswert, daß der ČMKOS-Kongreß vom letzten Jahr einen Weg zur Verstärkung der gemeinsamen Zentrale begann, und zwar im Interesse aller — der kleinen und der großen Verbände. Auf dem Weg zu einem unverzerrten Verständnis der gewerkschaftlichen Solidarität muß jedoch noch viel getan werden.

In den letzten Jahren änderte sich natürlich auch die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft — in Richtung zu einer normalen Auffassung, wie sie in den demokratischen Ländern üblich ist. Tarifverhandlungen werden zur Hauptmethode des Wirkens in der betrieblichen und überbetrieblichen Sphäre. Es gibt jedoch auch immer mehr Versuche, die Gewerkschaften zu schwächen, sie auf ein Nebengleis zu schieben und ihm die Bedeutung als gesellschaftliche Kraft abzusprechen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir 1989 und 1990 das alte System deshalb stürzten, um als Ersatz nur eine beschränkte Demokratie zu haben, in der Wahlen das einzige reale Mittel zum Eingreifen in öffentliche Sachen sind, oder ob wir die neuen Gewerkschaften deshalb schufen, weil wir tief von ihrer Notwendigkeit überzeugt waren, um demokratische Institutionen, um eine Bürgergesellschaft zu schaffen. Solche Gewerkschaften können nicht apolitisch sein (auch wenn sie überparteilich sein müssen), denn Gegenstand ihres Interesses (und des Interesses der Arbeitnehmer überhaupt) ist Politik — vor allem die Beschäftigungspolitik, des Arbeitsschutzes, die Sozial-, Lohn- und Gesundheitspolitik. Auch das ist ein Vermächtnis jener Zeit von vor fünf Jahren.

Vieles hat sich geändert — zum besseren, aber auch zum schlechteren. Auch wir korrigieren unsere damaligen, oftmals viel zu idealistischen Vorstellungen. Die Gewerkschaften gibt es jedoch und für vieles, was in diesem Land erreicht wurde, gebührt ihnen Dank.

### Ladislav Velenský: Diese Gewerkschaften entstanden von unten...

Als ich die Materialien über die Tätigkeit der Vereinigung der Streikbüros und später auch des gewerkschaftlichen Koordinierungszentrums durchblättere, kam mir ein Satz aus Ludvík Kundera's Buch Lächerliche Lieben in den Sinn. Der Held einer Geschichte sagt dort: „Der Mensch wandelt durch die Gegenwart mit verbundenen Augen. Er darf nur ahnen und raten, was er eigentlich lebt. Erst später wird ihm das Tuch von den Augen genommen und er, rückblickend auf die Vergangenheit, stellt fest, was er lebte und was das für einen Sinn hatte.“

Ich kann nur zustimmen. Erst die Zeit, Abstand, Überblick können beurteilen, was ~~wahr~~ vor einiger Zeit richtig machten, wo wir vorausblickend handelten und wo unsere Entscheidungen ~~schlecht~~ oder blind waren. In der Übersicht der Ereignisse aus der Zeit des Entstehens der neuen Gewerkschaften ~~treten~~ einige hervor, die ich nicht überzogen entscheidend nennen möchte. Sie sind nämlich tatsächlich der ~~Schlüssel~~, der die Tür zum Verständnis der Gleichung öffnet.

In der ersten Hälfte des Dezember 1989 fand unter der Aufsicht von Fernsehkameras ~~is~~ und Journalisten eine Reihe von Verhandlungen mit dem sog. Aktionsausschuß des ROH statt, der von ~~seinem~~ Vorsitzenden Karel Heneš geführt wurde. Dieser Ausschuß war etwas wie ein Versuch der untergehenden Titanic ROH, die Besatzung zu retten. Ihre letzte Gelegenheit verpatzten die Kapitäne durch ihren strikten Widerstand gegen den Generalstreik vom November 1989.

Einige Verhandlungen waren langwierig, auch ermüdend durch die wiederholten ~~und~~ unnachgiebigen Standpunkte beider Seiten. Wir: „Der Aktionsausschuß hat als Reliquie des alten ROH ~~keine~~ Berechtigung, die Interessen der Gewerkschafter zu vertreten.“ Sie: „Wir sprechen der Vereinigung ~~der~~ Streikbüros das Recht zu sprechen ab, wir wissen nicht, wieviel Mitglieder überhaupt hinter ihnen ~~stehen~~.“ Und immer weiter, nur wurden andere Argumente und Redewendungen gewählt.

Dann machte der Vorsitzende des Aktionsausschusses selbst einen entgegenkommenden Vorschlag. Kurz gesagt, bot er unzweideutig an: „Also teilen wir uns doch die Macht. Im Aktionsausschuß bekommt ihr eine fünfzigprozentige Vertretung. Ihr werdet ein Büro haben, materiellen Hintergrund, bekommt auch Autos zur Verfügung. Dann werden wir jedoch gemeinsam vorgehen.“

Einige Journalisten drängten uns auch öffentlich — gebt euch nach den Streitereien ~~die~~ Hände, tut euch zusammen.

Ja, gestritten wurde wirklich genug. Diesen gordischen Knoten von unnachgiebigen Standpunkten nach und nach zu entwirren, war nicht mehr möglich. Also entweder ihn durchschneiden, oder...

Unsere weiteren Treffen mit dem Aktionsausschuß waren nur noch kurz. Wir erklärten: Wir beenden die Verhandlungen, der Aktionsausschuß hat nicht das Vertrauen der Gewerkschafter, er ~~kann~~ nicht ihr Vertreter sein. Alle Gründe für diese Entscheidung übergaben wir der Presse, dem Rundfunk ~~und~~ Fernsehen. Die Zeitungen brachten sie am 18. Dezember 1989.

Zu Anfang Januar beriefen wir in das Janáček-Theater in Brünn die Delegierten der Streikbüros und der neu gewählten Betriebsgewerkschaften. Das Theater war voll, es kamen mehr als 1000 Delegierte. Damit war der Streit, wer hinter wem steht, entschieden.

Die Delegierten einigten sich, für den 2. - 3. März einen Kongreß aller Fachbereiche einzuberufen, an dessen Vorbereitung das in Brünn gewählte gewerkschaftliche Koordinierungszentrum (KKOC) beteiligt. So geschah es, der Kongreß fand statt, wählte seine rechtmäßigen Vertreter. Nur als Nachtrag merke ich noch an, daß Karel Heneš im Namen des Aktionsausschusses auf dieser Versammlung aufzutreten wollte. Die Kongreßdelegierten gaben ihm überhaupt nicht das Wort, vielleicht zu rasant. Ich gebe ~~diesem~~ Foltern zu, daß es mich unter anderem auch gerade in diesem Zusammenhang freute, daß mich derselbe Kongreß zu seinem Pressesprecher wählte.

Wenn ich also mit einem Abstand von fünf Jahren ohne Kundera's Tuch auf den Augen unsere damalige Entscheidung betrachte, die Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß des ROH zu unterbrechen, sage ich mir — Gott sei dank, es war eindeutig richtig.

Kann sich jemand vorstellen, wie eine anderslautende Entscheidung einigen heutigen Politikern dienen könnte? Ich höre schon direkt ihren beißenden Sarkasmus: „Aber meine Herren Gewerkschafter, mit ihrer übermalten Vergangenheit, was haben sie denn heute noch sagen (... zu den Renten, zur Sozialpolitik, zum Arbeitsgesetzbuch).“

Das können sie also nicht. Die neuen Gewerkschaften entstanden aus dem Widerstand gegen das alte Regime, aus der revolutionären Stimmung der Menschen in den Fabriken und Ämtern, aus dem Willen ihrer Streikbüros — also aus dem Generalstreik. Eine solche Tradition verpflichtet die Sozialpartner dazu, die Gewerkschaften mit dem gebührenden Ernst zu behandeln und die Gewerkschafter dazu, in dieser Tradition solidarisch fortzufahren.

### Igor Pleskot: Wie ich zu den Gewerkschaften kam

Ich fühle mich nicht wohl in der Haut eines Veteranen, obwohl oder gerade weil ich viel zu oft feststelle, daß ich schon einer bin. Meine Bewertung der gesamten Entwicklung von den Streikbüros bis zur Schaffung der ČSKOS versuchte ich an einer anderen Stelle zu geben, hier sind nur ein paar persönliche Erinnerungen.

Am 17. November nahm ich an der Studentendemonstration teil.

In der nächsten Woche fand in der Stromovka im Industriepalast in Prag eine Ausstellung von Computer- und Bürotechnik statt. In nur zwei Tagen wurde ein ganzer Flügel des Hauses zu einem einzigen Vervielfältigungszentrum der Studentenausschüsse und Streikbüros. Für den Fall des Versuches, daß Betriebsfunktionäre diese Tätigkeit behindern wollten, rechneten wir mit der Besetzung des örtlichen Rundfunks und öffentlichen Proklamationen.

Inzwischen kamen die Vertreter der Streikbüros von neun großen Prager Betrieben im Prager Theater Činoherný klub zusammen und schlossen eine Vereinbarung über gegenseitige Hilfe und die Verteidigung gegen Persekutionen ab.

In dieser Phase war sich niemand klar, wie weit die Macht der kommunistischen Partei gefährdet werden kann und in welcher Tiefe sich ein Demokratisierungsprozeß durchsetzt. Deshalb also der Verteidigungscharakter.

So also wurde die Vereinigung der Streikbüros gegründet. Sie hatte jedoch einen lawinenartigen Effekt. Trotz der Informationsblockade, nur mit telefonischen Informationen und Flugblättern, begannen sich massenweise Streikbüros aus der gesamten Republik zu melden.

Etwa Mittwoch, d. 22. 11. in der Nacht gingen wir in die Zentrale des Bürgerforums (OF), die sich damals in den unterirdischen Räumlichkeiten unter dem Filmklub in der Straße Národní třída befand. Als wir uns durch die Menschenmenge zum „Infonet“ am Eingang durchdrängten, wo drei Mädchen und zwei Männer auf die gegenwärtigen Dutzenden von Fragen antworteten und die ankommenden Informationen ordneten, wurden wir mit einem Ausruf begrüßt: „Ihr seit von den Streikbüros, ihr müßt das nehmen! Macht euch irgendwo ein Sekretariat, uns würde das überfluten!“ Eines der Mädchen gab uns eine riesige Schachtel voll von Briefen und Telegrammen, mit denen sich die einzelnen Streikbüros meldeten. „Gut, wir benötigen irgend einen Raum, wo es Telefone gibt, könnt ihr uns etwas geben?“

Das Mädchen drehte sich um. An der Wand hinter ihr hingen viele an die Wand geheftete Umschläge und Zettel. Darauf stand geschrieben: Lebensmittel, Decken, Taxis, Räume, Sitzungen usw. Sie griff in einen Umschlag mit der Aufschrift Räume und sagte: „Hier bietet uns das Prognoseinstitut einen Raum an.“ — „Wo ist das?“ — „In der Opletalova-Straße, beim Hauptbahnhof.“ — „Das nehmen wir!“

Ich sah mir das gleich an. Als ich die Räume des OF verließ, traf ich auf den Kollegen Petr Vacek, den eine Dissidentengruppe in die OF-Zentrale entsandte. Als er dort sah, daß dort viele Menschen zu politischen Erwägungen und Pläneschmieden sind, aber niemand die überlasteten und kaputtgehenden Kopierer reparieren konnte (für einen solchen Ansturm waren auch die modernsten nicht gebaut), begann er alle Kopierer, die er beherrschte, zu reparieren. Als ich ihn in einem weißen Hemd, schon ziemlich durch verschiedene Schmierer verschmutzt, traf, war er mit den Reparaturen schon fertig. Er dachte nach und sagte: „Ist dort ein Computer?“ — „Ich glaube ja.“ — „Dann gehe ich mit ihnen.“

Am Morgen des nächsten Tages begann die „Okkupation“ des Prognoseinstitutes durch die Streikbüros. Es kamen die Vertreter der Prager Betriebe — die „Gründerväter“, wie wir sie mit den Studenten nannten, beauftragten uns mit der Führung des Sekretariats und später auch mit der Funktion von Sprechern. Sie sendeten uns auch weitere Mitarbeiter, darunter Sascha Pilař, einen weiteren Sprecher. Auf unseren Aufruf vereinbarten wir mit Studenten der Ökonomiehochschule und der Karlsuniversität, mit uns Dienste zu halten.

Die Delegationen der Streikbüros begannen das Prognoseinstitut zu überwälzen, nach und nach besetzten wir eine Telefonleitung nach der anderen. Jedoch auch der Strom ausländischer Besucher strömte in das Prognoseinstitut: Journalisten, Wissenschaftler, Politiker, Intellektuelle. Diese konnten nicht begreifen, warum das Prognoseinstitut wie in einer Umzingelung von Studenten und Arbeitern war.

Vom 22. 11. bis zum 27. 11., dem Generalstreik, registrierten wir praktisch alle Streikbüros, die sich meldeten, und hatten eine Übersicht über etwa 2.000 Streikbüros, die mit uns in Kontakt waren. Natürlich litt das Prognoseinstitut, da wir ihm nach und nach alle Telefonleitungen besetzten und es so nur sehr schwer funktionieren konnte.

Diese fünf Tage zeichneten sich durch eine sehr interessante Entwicklung der Stimmungen von Menschen ab, die uns anriefen. Täglich führten wir hunderte Telefongespräche. In den ersten Tagen waren daraus Befürchtungen, Angst zu spüren. Die häufigste Frage war, ob es überhaupt möglich ist, zu streiken. Ob das geht. Es war fast ergreifend, wie beruhigend die Mädchenstimme auf die uns anrufenden alten Männer wirkte, und ihnen Courage verlieh. Am Freitag änderte sich der Ton der Anrufe.

In dieser Zeit begann allen Telefonierenden schon klar zu werden, daß es einen Generalstreik geben wird und daß er erfolgreich sein wird. Die Fragen bekamen eher praktischen Charakter.

Die dritte Änderung geschah irgendwann Samstag abend und am Sonntag. Damals begann klar ein Siegesgefühl zu herrschen, daß der Generalstreik erfolgreich sein wird und daß es kein Zurück mehr geben kann. Die Menschen waren sich sicher. Ursprünglich rechneten freilich alle damit, daß wir in dieser Vereinigung der Streikbüros höchstens für vierzehn Tage sein werden und dann zu unserer Arbeit zurückkehren. Unser Ziel war der Erfolg des Generalstreiks. Am Samstag und Sonntag mußten wir uns jedoch die Frage stellen, was dann.

Neben der allgemeinen Unterstützung der Forderungen des OF suchten wir konkrete Inhalte der weiteren Tätigkeit der Vereinigung der Streikbüros. So kamen wir zu den Gewerkschaften. Wir entschieden uns, zu neuen Wahlen in den Betriebsgewerkschaften und der Einberufung eines Kongresses aufzurufen. Auf dem Kongreß sollte zum Vorgehen der ROH-Gewerkschaftszentrale Stellung genommen werden. Wir begannen darüber nachzudenken, daß der Kongreß von der Vereinigung der Streikbüros einberufen würde und nicht von der ÚRO (Zentrale), die verraten hatte und kein Vertrauen hatte.

Diese Erwägung bestätigte uns das erste Telefongespräch drei Minuten nach den Sirenen, die das Ende des Generalstreiks verkündeten. Ein uns bis heute unbekannter Mann aus einem Betrieb am Rande Prags telefonierte:

„Der Generalstreik ist zu Ende und jetzt sagt uns, was wir tun sollen!“ Damit wurde unsere Erwägung bestätigt und wir faßten das als ein Mandat zum Handeln auf. Deshalb stellten wir auch gleich am Montag die ersten Nachrichten der Streikbüros zusammen, die zur Unterstützung der Forderungen des OF aufriefen, zu neuen Wahlen in die Gewerkschaftsorganisationen und die Einberufung eines Kongresses verlangten. Die Nachrichten der Streikbüros, geleitet von Ladislav Velenský, verbreiteten in Lokomotiven auf der Schiene und in Bussen auf der Straße die Fahrer in die ganze Republik. Damit begann der Kampf um die Gewerkschaftsbewegung.